

SOmmER

Zentral-Organ für die Interessen
der im Handels-, Transport- und Verkehrsgewerbe beschäft. Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.
Publikationsorgan des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes.

Erscheint jede Woche Sonntags.
Einzeln-Abonnement pro Quart. franko geg. franko 1,50 M.
Der Courier ist in die Postzustellungsliste eingetragen.

Redaktion und Expedition: Berlin SO. 16, Engel-Ufer 21.
Telephon: Amt IV, 950.
Geöffnet: 9-1 Uhr vorm., 3-7 Uhr nachm., Sonntags geschl.

Redaktionschluss
am Montag Abend vor Erscheinen des Blattes.
Unverlangte Manuskripte werden nicht zurückgesandt.
Zuschriften und Reklamationen an die Schriftleitung.

Nr. 45.

Berlin, den 8. November 1908.

12. Jahrg.

Die Streiks und Aussperrungen im Jahre 1907.

I.

Das Jahr 1907 hat gegenüber dem Jahre 1906, den deutschen Gewerkschaften eine starke Verminderung der wirtschaftlichen Kämpfe — Streiks und Aussperrungen — gebracht. Während die Zahl der Kämpfe im Jahre 1906 insgesamt 3480 betrug, zählt das Jahr 1907 deren nur 2792. Das ist eine Verminderung um 688 = 19,8 pCt. Man wird leicht geneigt sein, die Abnahme der Kämpfe auf das Konto der im Laufe des Jahres 1907 eingetretenen wirtschaftlichen Depression zu setzen, doch ist eine solche Folgerung nur mit Vorsicht zu ziehen. Es darf zunächst nicht außer acht gelassen werden, daß das Jahr 1906, als ein Jahr der Hochkonjunktur und ständig steigender Lebensmittelpreise, eine außerordentlich hohe Zahl von Lohnbewegungen auswies, die naturgemäß in einer verhältnismäßig größeren Anzahl wirtschaftlicher Kämpfe ausliefen. Trotz der starken Abnahme der Kämpfe übertrug das Ergebnis des Jahres 1907 doch noch bei weitem das des Jahres 1905, in welchem 2323 Kämpfe stattfanden. Es ist deshalb weit gerechtfertigt, auf Grund der Abnahme der Kämpfe gegen das Vorjahr, auf eine Beeinträchtigung der Aktionsfähigkeit der Gewerkschaften, verursacht durch den wirtschaftlichen Niedergang, zu schließen, wie es seitens der Unternehmer bereits geschehen ist.

Will man ein zutreffendes Bild von den Erfolgen und der Aktionsfähigkeit der Gewerkschaften gewinnen, so dürfen die Feststellungen über Streiks und Aussperrungen nicht getrennt werden von den Feststellungen über die Bewegungen im allgemeinen. Gerade die große Zahl der friedlich verlaufenden Bewegungen legen ein herabgesetztes Zeugnis ab von der wachsenden Macht und dem steigenden Einfluß der Gewerkschaften auf das wirtschaftliche Leben.

Nicht in dem gleichen Verhältnis wie die Kämpfe hat sich die Zahl der daran beteiligten Personen vermindert. Sie betrug im Jahre 1907: 281 030, gegenüber dem Vorjahre weniger 35 012 Personen = 11,1 pCt. 1906 entfielen auf jeden Kampf durchschnittlich 91 Beteiligte, dagegen 1907 101 Beteiligte. Die an der Durchführung der Kämpfe beteiligten Organisationen haben dafür insgesamt 12 364 082 Mark aufgewendet. Im Jahre 1906 betrug die aufgewendete Summe 13 297 862 M., es sind also im Jahre 1907 933 780 M. weniger für die wirtschaftlichen Kämpfe ausgegeben worden. Die auf jeden Streikenden entfallende Unterstützungsrate ist wiederum, wenn auch unerheblich, gegenüber 1906 gestiegen. Der Anteil eines Streikenden an Unterstützung betrug im Durchschnitt 1906 42,08 M., 1907 43,99 M.

Sowohl die höhere Beteiligungsziffer wie auch die relative Vermehrung der Ausgaben, legen davon Zeugnis ab, daß auch im Krisenjahre 1907, gleich wie im Vorjahre, die wirtschaftlichen Kämpfe seitens der Arbeiterklasse intensiv und mit zäher Ausdauer geführt wurden.

Mit dem Jahre 1907 ist auch in bezug auf die Mittel, welche die Gewerkschaften zur Durchführung ihrer Kämpfe aus den eigenen Kassen aufwenden, von allen Berichtsjahren seit 1890, der höchste Rekord erreicht worden. Rund 97,9 pCt. der Gesamtausgabe flossen aus den eigenen Kassen der an den Kämpfen beteiligten Gewerkschaften. Ein glänzender Beweis für die gesteigerte Leistungsfähigkeit der Gewerkschaften, welche um so höher zu bewerten ist, als diese noch für die verschiedensten Unterstützungsweige im letzten Jahre bedeutende Aufwendungen machten. Während für alle Unterstützungen, außer der Streikunterstützung im Jahre 1906 9 020 931 M. ausgegeben wurden, betrug dagegen diese Ausgabe für das Jahr 1907: 13 659 962 M. Die zum Teil früher aufgestellte Behauptung, daß durch die Einführung von Unterstützungsanstalten die Gewerkschaften in der Aktionsfähigkeit beeinträchtigt würden, ist durch diese glänzende Entwicklung in der Leistungsfähigkeit vollständig ad absurdum geführt worden.

Das prozentuale Verhältnis der Angriffs- und Abwehrstreiks, sowie der Aussperrungen, zu den gesamten Kämpfen, hat gegen das Jahr 1906 nur eine unerhebliche Veränderung erfahren, die nicht ins Gewicht fällt. Von den 2792 Kämpfen waren Angriffsstreiks 1635 =

58,6 pCt. In 834 Fällen = 29,9 pCt. mußte gegen versuchte Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse gekämpft werden, und in 323 Fällen = 11,5 pCt. vollzogen die Unternehmer Aussperrungen. Das Gesamtergebnis der Kämpfe ist ungünstiger, als das des Jahres 1906. Es endeten erfolgreich 1337 Kämpfe = 47,9 pCt. (1906: 53,8 pCt.), teilweise erfolgreich 687 Kämpfe = 24,6 pCt. (1906: 21 pCt.) und erfolglos 614 Kämpfe = 22 pCt. (1906: 21 pCt.). Im 1. Januar waren 84 Kämpfe nicht beendet und von 70 Kämpfen blieb das Resultat unbekannt. Ist das Ergebnis auch ungünstiger als das des Vorjahres, so entspricht das Resultat immerhin noch dem Durchschnittsergebnis der 17 Berichtsjahre; nur das prozentuale Verhältnis der erfolgreichen Kämpfe steht um ein geringes unter der Durchschnittsziffer. Im Durchschnitt der 17 Berichtsjahre endeten die Kämpfe mit vollem Erfolg zu 48,5 pCt., mit teilweisem Erfolg zu 22,1 pCt. und erfolglos zu 23,4 pCt. Den größten Teil an den wirtschaftlichen Kämpfen hat wiederum das Baugewerbe mit 1011 Kämpfen und 31 248 Beteiligten; es folgt dann die Metallindustrie mit 472 Kämpfen und 53 717 Beteiligten. Der Zahl der Kämpfe nach steht dann an dritter Stelle die Holzindustrie mit 307 Kämpfen und 29 823 Beteiligten. Die Bekleidungs-, Leder- und Textilindustrie weist dagegen zwar nur 254 Kämpfe, jedoch mit 30 901 Beteiligten auf. Das graphische Gewerbe und die Papierindustrie hat mit 88 Kämpfen und 1827 Beteiligten den geringsten Anteil an den gesamten Kämpfen. Das prozentuale Verhältnis der Resultate der Kämpfe, verteilt auf die Gewerbegruppen, ist folgende festgestellt: Mit vollem und teilweisem Erfolg wurden durchgeführt im Baugewerbe 75,9 pCt., im Handels- und Verkehrsgewerbe 75,5 pCt., in der Metallindustrie und dem Schiffbau 75,2 pCt., in der Nahrungs- und Genussmittelbranche 74,9 pCt., in der Bekleidungs-, Leder- und Textilindustrie 74,8 pCt., in der Holzindustrie 72,0 pCt., in sonstigen Berufen 64,5 pCt. und in dem graphischen Gewerbe und Papierindustrie 33 pCt.

An den Kämpfen des Jahres 1907 waren beteiligt 54 Verbände, davon hatten mehr als fünfzig Kämpfe 15 Verbände durchzuführen, und partizipieren diese an den gesamten Kämpfen in nachstehender Reihenfolge: Maurer 417, Metallarbeiter 344, Holzarbeiter 244, Zimmerer 184, Transportarbeiter 155, Fabrikarbeiter 152, Bauhilfsarbeiter 149, Brauereiarbeiter 97, Maschinisten 90, Schneider 88, Tabakarbeiter 72, Textilarbeiter 66, Maler 55, Buchdrucker 51, Schuhmacher 52. Das sind zusammen 2219 oder 79,5 pCt. der gesamten Kämpfe. Mehr als 5000 Beteiligte hatten im Kampfe stehen die Verbände der Metallarbeiter 47 887, Maurer 32 649, Textilarbeiter 28 675, Holzarbeiter 26 619, Bauhilfsarbeiter 17 695, Schneider 16 649, Fabrikarbeiter 12 963, Seefleute 12 300, Zimmerer 11 934, Maler 7952, Hafnarbeiter 7841, Transportarbeiter 7619, Bergarbeiter 7387. Insgesamt waren die vorstehend bezeichneten dreizehn Verbände mit 238 220 Personen an den Kämpfen beteiligt, die 84,7 pCt. der Gesamtzahl der Beteiligten ausmachen.

Von den an den Kämpfen beteiligten Personen konnte für 274 052 = 97,5 pCt. der Verlust an Arbeitszeit und der Ausfall an Verdienst festgestellt werden. Es beträgt der Verlust an Arbeitszeit 4 922 467 Tage und der Ausfall an Verdienst 21 527 862 M.

Was wird die geplante Änderung des Krankenversicherungsgesetzes bringen?

Ueber diese Frage diskutiert man in den unmittelbar interessierten Kreisen seit Jahren. Unzählige Vorschläge, von berufener und unberufener Seite, sind gemacht worden. Zu einer radikalen Umgestaltung der ganzen Arbeiterversicherung, wie sie der Zentralverband von Ortskrankenkassen im Deutschen Reich den begehrenden Körperschaften unterbreitete, konnte man sich bisher nicht entschließen. Als vor einigen Jahren Graf Posadowsky etwas Ähnliches im Reichstage anstrebte, rief er damit den Widerspruch der ganzen scharfmacherischen Mägen und ihrer Presse hervor. Obwohl er ein Jahr darauf seine reformerischen Absichten bedeutend einschränkte, half ihm dies alles

nichts, er war reif, „gegangen“ zu werden. Hatte er doch gewagt, einen Plan zu vertreten, der, wenn in die Wirklichkeit umgesetzt, die Selbstverwaltung der Arbeiter in den Krankenkassen beseitigen und darüber hinaus auf die Unfall- und Invalidenversicherung ausdehnen mußte. Das konnten natürlich die Scharfmacher und die herrschende Bürokratie nicht zugeben. Um die Meinung der versicherten Arbeiter kümmert man sich betanntlich „oben“ nicht im geringsten, obwohl diese seit jeher das lebhafteste Interesse an einer Vereinfachung und Vereinheitlichung der gesamten Arbeiterversicherung befehligen. Ganz erklärlich —, sind sie es doch, um deren Wohl es sich handelt, ihnen kann es am wenigsten gleichgültig sein, wer in ihren Krankentagen über ihr Wohl und Wehe entscheidet. Aber für die Stimmen der Arbeiter hat man kein Gehör.

Verschiedene Andeutungen der Unternehmernpresse in letzter Zeit ließen darauf schließen, daß die „Reformpläne“ fix und fertig seien und der Vorlegung beim Reichstag harrten. Da plötzlich kommt der Staatssekretär im Reichsamt des Innern, Herr von Weismann-Hollweg, der Nachfolger Posadowsky's, her und ladet Vertreter verschiedener Krankenkassen zu einer am 23. Oktober stattgefundenen Konferenz, um ihre Wünsche und Ansichten über die zukünftige Gestaltung der Krankenversicherung zu hören. Demnach scheint es nicht, als ob die Pläne bereits abgeschlossen wären, sondern man wollte erst, wie der Staatssekretär bei Eröffnung der Konferenz betonte, die Ansicht derjenigen hören, welche bei Durchführung der Krankenversicherung jahrelang mitgearbeitet und praktische Erfahrung gesammelt haben.

Es war eine bunt zusammengewürfelte Gesellschaft, die zur Konferenz erschien. Die Reichsregierung, Regierungen verschiedener Einzelstaaten, sowie das Reichsversicherungsamt waren durch circa 40 „Geheime“ und andere Kate repräsentiert. Die Krankenkassen waren durch ca. 60 Vorstandsmitglieder, fast zu gleichen Teilen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, sowie einige Beamte vertreten. Die Ortskrankenkassen allein hatten 13 Arbeitgeber und 14 Arbeitnehmer entsandt.

Den Verhandlungen lag ein Fragebogen zu Grunde, welcher über die äußere und innere Organisation der Krankenversicherung sowie über den einseitigen Nachschub in der Arbeiterversicherung die Ansicht der Erschienenen hören wollte.

Die Debatte, an welcher sich nur Kassenvertreter beteiligten, war eine äußerst rege und nahm den ganzen Tag in Anspruch.

Zur äußeren Organisation der Krankenkassen war man sich dahin einig, daß die Gemeinde-Krankenversicherung fallen müsse. Ueber die weitere Weiterentwicklung der Betriebs-, Innungs- und freien Hilfskassen gingen die Meinungen auseinander. Die Vertreter der Ortskrankenkassen forderten einmütig das Falllassen auch dieser Kassenarten, ihnen schlossen sich die Arbeitervertreter der Betriebs- und Innungskassen an, während die Arbeitgebervertreter der letztgenannten beiden Kassenarten lebhaft für Beibehaltung derselben eintraten. Auch ein Arbeitervertreter der Betriebskrankenkasse der Siemenswerke in Berlin glaubte für die Betriebskassen eine Lanze brechen zu müssen, um dadurch die staatsverhaltende Tätigkeit seiner geliebten Auftraggeber in ein günstiges Licht zu rücken. Diefem sonderbaren „Arbeitervertreter“ wurde natürlich arg zugeführt, so daß er eine klägliche Figur spielte, als er auf alle Zurechtweisungen nicht zu erwidern wußte als „er hatte das von ihm gesagte aufrecht“. Auch die Arbeitgeber aus den Betriebs- und Innungskassen, namentlich die Scharfmacher Meut-Altona, Guggenheimer-Augsburg und Klippel-Essen konnten sich nicht genuen tun im Lobe der Betriebskassen und verbächtigten die Ortskrankenkassen als „sozialdemokratische Stützpunkte“. Hauptächlich letztgenannter Herr war es, der die in den Vorständen der Ortsklassen tätigen Arbeiter des Mißbrauchs der Kassenmittel zu Parteizwecken zleh. Von den Ortsklassenvertretern — Arbeitgebern und Arbeitnehmern — in die Enge getrieben, weigerte er sich, Namen zu nennen — weil er eben nicht wußte, sondern nur das nachgepappelt hatte, was andere ihm vorgesprochen.

Diefem Treiben der Handvoll Scharfmacher gegenüber forderte die erdrückende Mehrheit der Teilnehmer die volle Zentralisation der Krankenversicherung auf territorialer Grundlage, d. h. für größere Orte nur je eine Ortskrankenkasse, kleinere Orte sollen zu Bezirkskrankenkassen vereinigt werden. Seitens Vertreter

Dah er ferner erst abfuhr, nachdem er die Lampe an gezündet hatte. Doch bereits an der Schweinauer Ueberfahrt wurde M. von Schutzleuten angehalten weil das Licht verloschen war. Ein Strampanda war die Folge.

Bei der Verhandlung sagte nun ein Sachverständiger aus, daß jeder Chauffeur mit dieser Kalamität des Lichtauslösens zu tun habe, weil eben an der jetzigen Lampe, wie auch der Chef seiner Firma dem Magistrat bereits wissen ließ, immer noch Konstruktionsfehler vorhanden seien, die ein Verlöschen ermöglichen.

Der Amtsanwalt, Herr Gauller, machte aber in der Anklage den Chauffeur für alles verantwortlich, also auch für richtige Beleuchtung des Fahrzeuges und beantragte eine Geldstrafe von 6 Mk., eventuell 2 Tage Haft. Mit Recht machte der Vertreter des Angeklagten geltend, daß der Chauffeur durch Zeug nachwies, daß das Licht gebrannt hat und man doch kaum verlangen könne, daß der Chauffeur alle 100 Meter Halt mache, um sich nach dem hinteren Licht umzusehen. Dadurch würde der Zweck des Autos mobiles, ein rasches und bequemes Beförderungsmittel zu sein, vollständig illusorisch gemacht.

Dieser Ansicht schloß sich anscheinend auch das Gericht an, denn es sprach den Angeklagten unter Ueberbürdung der Kosten auf die Staatskasse frei weil eines Konstruktionsfehlers wegen eine Verurteilung nicht erfolgen könne und ein Ideal-Sicht noch nicht erfunden sei.

Damit dürfte auch die Hefe auf die Autos durch die Schutzleute aus solchen Anlässen ihr Ende erreicht haben. Hoffentlich nimmt auch die Polizeibehörde Notiz von diesem Urteil.

Handelsarbeiter.

Breslau. Was ein Arbeitgeber sich zu erlauben wagt. Der Haushälter Werner, der im Geschäft des Herrn Griesdorf chemische Produkte für einen Wochenlohn von 9 Mk. (1) beschäftigt war, ist entlassen worden, angeblich weil er immer „froh und ungehorsam“ war. Der Hausdiener klagte vor dem Gewerbegericht wegen Zahlung einer Lohnentschädigung für 2 Wochen im Verzuge von 18 Mark. Die Firma hatte einen Vertreter geschickt, mit dem eine Einigung zustande kam in der Weise, daß dem Kläger 10 Mk. als Abfindung gezahlt werden sollte. Der Vertreter hielt sich jedoch den Widerruf des Vergleichs vor. Ueber den Vergleich war Herr Griesdorf furchtbar ausgebrannt, er widerrief ihn und schrieb an das Gewerbegericht einen Brief, in welchem er dem Vorsitzenden Vorwürfe darüber machte, daß er einen Vergleich vorge schlagen, das sei nur „eine Unterstützung der Frechheit“ usw. In der wieder aufgenommenen Verhandlung kennzeichnete der Vorsitzende Dr. Braedlein eine solche Schreibweise als eine durchaus ungebührliche. Von einem gebildeten Manne, wie es der Beklagte sein wolle, sei es keine Art, einen derartig gereizten Ton anzuschlagen. Der Vorsitzende sei gesetzlich verpflichtet, Vergleichsvorschläge zu machen. Und mit einem Vergleich unterstütze man wahrlich nicht die Frechheit des Arbeiters. Aufgefordert, die Abweisung der Klage näher zu begründen, bemerkte Herr Griesdorf, daß der Kläger sich stets froh betragen, sich immer vermählt hätte und ungehorsam gewesen sei, er habe ihn, weil keine Ermahnung fruchtete, entlassen müssen. Von einem Zeugen wurde auch bezeugt, daß der Kläger sich ungebührlich betragen habe.

Was hat nun der Hausdiener in Wirklichkeit so schlimmes verbrochen, daß er den Born seines Prinzipals in so ungeheurer Weise erregte? Er ist nicht sofort ruhig gewesen, als er angefahren wurde: „Halten Sie den Mund“, er hat im stillen vor sich hingeschimpft, wenn ihm etwas nicht paßte. Gegen den Geschäftsführer hatte er geäußert, als dieser gegen ihn losziehen wollte: „Sie sind ja auch noch kein Herr!“, daß ist die „bodenlose Frechheit“, über die Herr Griesdorf so sehr wütete. Das Auftreten dieses Herrn gab Grund zu der Vermutung, daß er sich gar oft in gereizter Stimmung befinden mag. Solche Herren glauben, mit den Haushältern machen zu können, was ihnen beliebt; beim geringsten Anlaß wird mit „frecher Strolch, ich werde Sie raus“, herumgeworfen, und dazu sollen die Arbeiter müssig stehen, sie sollen sich nicht rühren. Der Beklagte wurde verurteilt, den vollen Betrag von 18 Mk. an den Kläger zu zahlen. Der junge Mann möge einen Tadel verdient haben, schwer beleidigend und ungehorsam, wie es der § 123 der G.-O. voraussetzt, sei der Kläger nicht gewesen, und darum müsse die Entlassung als ungerechtfertigt angesehen werden.

Dieser Fall beweist wieder so recht, daß es notwendig ist, auch als Haushälter seiner zuständigen Organisation, dem Deutschen Transportarbeiter-Verbande, beizutreten, um dem ausbeutenden Unternehmertum im Handelsgewerbe immer energischer entgegenzutreten zu können.

Eine unbegreifliche Entscheidung. In Breslau besteht eine aus Handlungsgeschäften und Handelsarbeitern gebildete Kommission zur Ueberwachung der Sonntagsruhe. Die Erforschungsberechtigung dieser Kommission basiert auf der Tatsache, daß in Breslau die Polizei die vielen Uebertretungen der Sonntagsruhe seitens der Ladeneinhaber, auch dann, wenn die Arbeiter von der Straße deutlich zu bemerken ist, gar nicht bekannt werden. Die Arbeiterkommission dient also der Entlastung der Polizeibehörden dahingehend, daß sie diese auf die Gesetzwidrigkeit aufmerksam macht. Der Polizei ist dadurch die Ausführungsleistung in den meisten Fällen erspart und sie braucht nur die wenige Zeit in Anspruch nehmende Feststellungstätigkeit ausüben. Die Ueberwachungskommission erwirbt sich also durch ihre Arbeit zweifellos ein erhebliches Verdien um die Ordnung im heuligen Staate und um die

allseitige Achtung der Reichsgesetzgebung. Man dürfte also wohl voraussetzen, daß solche Verdienste Seiten der Behörden entsprechend anerkannt werden. Da meint indes sonderbarer Weise nicht immer der Fall zu sein. Erst kürzlich hat ein Angehöriger dieser Kommission auf eine Anzeige hin folgenden Bescheid von der Staatsanwaltschaft erhalten:

Breslau, den 22. Oktober 1908.

Der Erste Staatsanwalt.
Geschäftsnummer VI. 3349. 08.

Auf die Anzeige vom 6. September er.

Gegen den Beschuldigten vermag ich wegen Vergehen gegen die Sonntagsruhe nicht einzuschreiten.

Durch die Ermittlungen ist zwar festgestellt worden, daß der Haushälter Alfred Bleichmy am 30. August 1908, einem Sonntage, gegen 8,30 Uhr vormittags mit Vorhängen von Schaulustern beschäftigt war.

Hierin kann jedoch ein Verstoß gegen die Gewerbe-Ordnung nicht erblickt werden, da diese ja nur den gewerblichen Betrieb während der Sonntagsruhe untersagt. Als eine Beschäftigung im Handelsgewerbe kann es zweifellos nicht angesehen werden, wenn der Beschuldigte, um den Bestimmungen über die äußere Festhaltung des Sonntags nachzukommen, seinen Haushälter beauftragt, die Schaulustern zu verhängen, da derartige Verrichtungen offenbar zu den Obliegenheiten eines Haushalters gehören und mit dem Gewerbebetrieb selbst nichts zu tun haben.

gez. Freiherr von Stillsfried.

Wir vermögen nun die Anschauungen des Herrn Staatsanwalts in keiner Weise zu teilen. Der Herr Staatsanwalt würde gut getan haben, seine Ablehnung wenigstens auf ein Geheiß, in dieser Frage auf die Gewerbeordnung zu stützen. Wir haben letztere unter die Lupe genommen und versucht, darin einen Anhalt für die staatsanwaltliche Entscheidung zu finden. Es ist uns dies trotz allen Suchens leider nicht gelungen. Der § 105c der Gewerbeordnung erlaubt nur, daß die Bestimmungen des § 105b angewandt werden: „auf Arbeiten, welche in Notfällen oder im öffentlichen Interesse vorgenommen werden müssen“. Eine solche Arbeit dürfte aber zweifellos das Verhängen von Schaulustern nicht sein. Die Ueberwachungskommission wird daher gut tun, den Herrn Staatsanwalt um nähere Begründung seiner Entscheidung zu bitten, und wenn diese erfolgt ist, sich beschwerdeführend an die höchste Instanz wenden. Im übrigen bietet die Entscheidung des Herrn Staatsanwalts zweifellos äußerst wertvolles Material zur gegenwärtigen Beratung der großen Gewerbenovelle im Reichstage.

Transportarbeiter.

Bremerhaven. Am Freitag, den 23. Oktober fand eine öffentliche Versammlung der in Baumvolk-Speditionsbetrieben beschäftigten Küper und Arbeiter statt, welche, wenn man die große Zahl der dort beschäftigten Kollegen in Betracht zieht, nur mangelhaft besucht war. Doch immer scheint es, als ob die dort Beschäftigten aus Furcht vor ihren Arbeitgebern es nicht wagen, die von uns einberufenen Versammlungen zu besuchen. Die Spediteure unterlassen denn auch nicht, von Zeit zu Zeit ihren im Jahre 1904 angefertigten Kontrakt, älteren Leuten, welche, wie es dann heißt, in ein festes Arbeitsverhältnis eintreten sollen, vorzulegen und unterschreiben zu lassen. Um den Kollegen einen Beweis zu liefern, welche Furcht diese Herren gerade vor unserer Organisation haben, geben wir den Inhalt desselben unter Weglassung aller Namen und Daten bekannt.

A b s c h r i f t.

Zwischen Herrn F. S. Bachmann, Bremerhaven und dem Küper, Herrn zu Lesbe ist heute folgender Vertrag vereinbart und beschlossen worden:

§ 1.

Herr verpflichtet sich, alle ihm übertragenen Arbeiten sorgsam auszuführen und dabei die Interessen der Firma nach bestem Willen und Können treu und ehrlich wahrzunehmen. Derselbe verpflichtet sich ferner, dem Verbande der Handels-, Transport- und Verfahrensarbeiter weder beizutreten, noch demselben in irgend einer Form oder Tätigkeit anzugehören oder Dienste zu leisten.

§ 2.

Als Vergütung für seine Dienstleistungen erhält Herr ein monatliches, am Schluß jedes Monats zahlbares Gehalt von 117,— Mk. in Worten Einhundertsebzehn Mark.

Auf Wunsch soll dieses Gehalt auch in wöchentlichen Raten bezogen werden können.

Für Tage, an welchen Herr fortleibt, hat die Firma das Recht zu einem entsprechenden Gehaltsabzug.

Ueberrunden werden ohne Unterschied mit 75 Pfennig pro Stunde bezahlt und wöchentlich oder monatlich verrechnet.

Dieser Vertrag tritt am 7. Januar 1907 in Kraft.

Wird Herr durch unverschuldetes Unglück (Krankheit oder Unfall) an der Leistung der Dienste verhindert, so hat derselbe wegen dieser Krankheit keinen Gehaltsanspruch. Dagegen soll ihm eine Unterstützung gewährt werden, welche, so lange die Unterstützung der Allgemeinen Ortskrankenkasse zu Bremerhaven 3 Mk. pro Tag beträgt, 0,90 Mk. pro Tag betragen und während eines Zeitraumes bis zu 13 Wochen wöchentlich ausbezahlt werden soll.

Diese Unterstützung wird jedoch nur dann gewährt, wenn der § 1 getreulich und in allen seinen Teilen inne gehalten ist.

Das Dienstverhältnis kann von jedem Teile unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von zwei Wochen gelündigt werden.

Das Dienstverhältnis kann von jedem Teile ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist gelündigt werden, wenn ein wichtiger Grund vorliegt. Als wichtige Gründe gelten nur die gesetzlichen und die aus Nichterhaltung dieses Vertrages oder einzelnen Bestimmungen desselben sich ergebenden.

Bremerhaven, den 7. Januar 1907.

ppa. F. S. Bachmann.
(Name unleserlich.)

Hieraus ersehen wir, daß nichts als Furcht in diesem Kontrakt vorhanden ist. Die Spediteure wissen wohl, wenn die Leute erst wieder der Organisation zugesührt sind, werden auch wieder bessere Verhältnisse in den Betrieben angebahnt werden; und um dies zu verhindern, sucht man den Leuten Furcht einzujagen und droht mit sofortiger Arbeitsentlassung, falls einer es wagen sollte, sich öffentlich als Organisationsmitglied zu bekennen. Stollegen, dieses darf nicht so weiter gehen; sorgt alle dafür, daß die Versammlungen in der nächsten Zeit besser besucht werden, wie bisher; agitiert und organisiert, denn nur durch das Zusammenarbeiten aller ist es möglich, bessere Verhältnisse herbeizuführen. Zeigt Euren Arbeitgebern, daß Ihr keine willenlosen Sklaven, sondern gewillt seid, mitzuarbeiten, daß auch in Euren Betrieben bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse eintreten.

Um dieses zu erreichen, ist es notwendig, daß Ihr Euch Eurer Berufsorganisation, dem Deutschen Transportarbeiter-Verbande anschließt.

Gottesberg i. Schl. Als vor einem Jahre von Waldenburg aus der Versuch gemacht wurde, auch hier in unserem schönen Gebirgsstädtchen unsere Kollegen zu organisieren, hatte es den Anschein, als ob wir hier schnell vorwärts kommen könnten. Leider war dies nicht der Fall. Während die Hilfsarbeiter im Transportgewerbe sehr schnell begriffen, daß nur Einigkeit stark macht, haben unsere Kollegen Küper und Haushälter den Wert der gewerkschaftlichen Organisation noch nicht erkannt. Wenn man bedenkt, daß Gottesberg eine Bergstadt im wahren Sinne des Wortes ist, indem die Straßen wahre Berge und Täler bilden, so daß es ein Kunststück unserer Kollegen ist, ihre Gespanne sicher über alle Klippen hinwegzuleiten, wenn man ferner bedenkt, wieviel Glend in vielen Familien unserer Kollegen herrscht, muß man über die Gleichgültigkeit staunen. Es ist nicht der 35 Pf. Wochenbeitrag wegen, sondern die Muttlosigkeit, ja man möchte sagen, Angst des einzelnen Klusbers vor seinen Arbeitskollegen. Von einem wird man zum andern geschickt, keiner aber hat den Mut, endlich mal seine Gleichgültigkeit abzulegen und zu erklären: So wie es bisher gegangen ist, kann es nicht mehr weiter gehen, ich muß mich organisieren, um vereint mit meinen Kollegen mir eine bessere Lebensstellung zu erkämpfen.

Die Unternehmer, mögen sie groß oder klein sein, würden sich auch ernstlich nicht dagegen sträuben. Gottesberg ist, wie oben angeführt, eine Stadt, wo nicht jeder beliebige Kutscher oder Arbeiter fahren kann, und die Unternehmer würden sich wohlweislich hüten, ihre teuren Pferde und unfundigen Leuten zu übergeben. Sie könnten ja nicht wissen, ob beide in kurzer Zeit verunglücken. In dieser Beziehung haben es also unsere Kollegen sehr leicht. Hoffen wir jedoch, daß auch in Gottesberg die Vernunft sich endlich Bahn bricht, ehe es zu spät ist.

Kaiserlautern. In fieberhafter Tätigkeit sind unsere Kollegen in Kaiserlautern. Gilt es doch, bei der kommenden Landtagswahl am 15. November das freigeordnete Mandat ihres zu früh verstorbenen „Palzgrafen“ für die Partei zu retten. Es ist dies keine Kleinigkeit, denn so beliebt und populär wie der Genosse Ehrhardt sind nicht viele. Dennoch hofft die „Lauterner“ Arbeiterschaft, glänzend zu siegen. Es ist begreiflich, wenn jetzt die gewerkschaftliche Agitation etwas vernachlässigt wird. Das muß nach der Wahl wieder eingeholt werden. Die Versammlungen müssen besser besucht und neue Kollegen herangezogen werden. Da darf nicht als Entschuldigung gesagt werden, ich habe nichts von der Versammlung gewußt usw. Die wichtigen Kollegen dürfen nicht eher ruhen, bis sie die Rüssigen in der Versammlung haben. Ist der Kollege dann nicht zu gewinnen dann ist Hopfen und Malz vorläufig an ihm verloren, aber meistens wird er gewonnen, wenn er in die Versammlung kommt. Das bejorgt dann der Referent aber die Kollegen müssen eben solche in die Versammlungen mitbringen. Der Gauleiter gab noch verschiedene andere Winke und so ist zu erwarten, daß es auch hier wieder besser wird.

Leipzig. Die Fass- und Flaschenbierarbeiter von Leipzig und Umgebend hielten am 23. Oktober eine Versammlung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung widmete der Vorsitzende Kollege Kalbitz dem verstorbenen Kollegen Hermann Graß, der ein Mitbegründer der Organisation war, einen warmen Nachruf. Die Versammelten ehrten das Andenken durch Erheben von ihren Plätzen. Hierauf hielt Genosse Lange einen interessanten, mit lebhaftem Erfolg aufgenommenen Vortrag über: „Aus der Geschichte der Stadt Leipzig.“ Ueber diesen Vortrag ist an dieser Stelle bereits berichtet worden.

Dann gab der Kollege Kalbitz einen Ueberblick über die Tätigkeit der Sektionsleitung vom verfloßenen Quartal. Aus den Ausführungen war zu entnehmen, daß in einer Reihe von Betrieben, wegen Nichterhalten des vereinbarten Lohntariffs, teilweise auch wegen schlechter Behandlung, es zu Differenzen kam, die aber durch Eingreifen der Sektionsleitung zur Zufriedenheit der Kollegen ihre Erlösung fanden. Die in der Gölzschthalbrauerei-Miederlage hervorgerufenen Differenzen wurden dadurch beseitigt, indem Herr

Kaymann den mit dem Brauereiverein vereinbarten Lohnarbeitsvertrag zu der Sternburg Brauerei Lübecka bestanden heute noch Differenzen. Herr Kaymann weigert sich, die den Fach erfahrenen laun Tavis zustehende Auslösung bei Landlöhnen zu bezahlen, und da auch durch persönliche Verhandlungen eine Einigung nicht erzielt werden konnte, so sollte ein Schiedsgericht herbeigeführt werden. Obgleich schon am 25. August die diesbezügliche Eingabe an den Brauereiverein gemacht wurde, so ist doch bis heute die Angelegenheit noch nicht erledigt. Ein derartiger Zustand erfordert die schärfste Kritik und gewinnt es den Anschein, daß der Syndikus des Brauereivereins, Herr Rechtsanwalt Dr. Jöppel durch die Mitarbeit an der weiteren Verhinderung des sächsischen Landtagswahlrechts so in Anspruch genommen wird, daß für andere Arbeiten keine Zeit mehr übrig bleibt. Ueber den paritätischen Arbeitsnachweis, der schon am 1. Juli in Kraft treten sollte, sei eine Verhandlung bis heute noch nicht geführt. Dieser Sachverhalt könne nur dadurch beseitigt werden, wenn alle Differenzen wegen Nichterhaltung des Wahlrechts in Zukunft in der breiten Öffentlichkeit kritisiert werden. Um den Wünschen der Kollegen Rechnung zu tragen machten sich 3 Versammlungen und 24 Betriebsbesprechungen nötig, außerdem war die Zeitung gezwungen, in 14 Fällen Verhandlungen mit den Unternehmern zu führen.

In der sich anschließenden Diskussion wurde speziell von dem Kollegen Fischer die unlautere Agitationsweise der Brauer in scharfer Weise kritisiert und darauf hingewiesen, daß die Brauer unsere in der Zwenlauer Werniederlage, Brauerei Lübecka, und Brauerei Bauer beschäftigten Verbandsmitglieder in ihren Wohnungen aufsuchten und dort in der Aufhebung aller Redefreiheit versuchten, unseren Mitgliedern oder deren Frauen die Verbandsbücher abzunehmen. Erst nach wiederholten Mahnungen der Brauerbezirksleitung und wochenlangem Warten konnten die Kollegen wieder im Besitz ihres Eigentums gelangen. Die Kollegen wurden erzuht, diesen Agitatoren die gebührende Achtung zu zollen.

Nachdem noch darauf hingewiesen war, dem Arbeitsschweiz etwas mehr Beachtung zu schenken und jede frei werdende Stelle im Bureau zu melden, so wie bei Todesfällen von Verbandsmitgliedern aus jedem Betrieb mindestens einen Kollegen zu delegieren, der an der Beerdigung teilnimmt, erfolgte Schluß der Versammlung.

Mürnberg. Weil er seinen gestrengen Herrn Chef nicht grüßte, wurde unser Kollege Meis wegen Unhöflichkeit entlassen. Die Firma Wirth u. Söber hat sich bei der Münberger Arbeiterkassette durch ihre schlechten Löhne und Misachtung der Arbeiterorganisation bereits ein Denkmal gesetzt. Mit der Entlassung des Koll. Meis hat sie aber ihrem Gehären die Krone aufgesetzt. Herr Wirth wird weniger am Grub des Koll. Meis gelegen sein, denn von den Höflichsten ist Wirth selber feiner, aber daß Meis Vertrauensmann der Gewerkschaft war und gelegentlich der heurigen Lohnbewegung der Kohlenarbeiter Mißstände bei der Firma Wirth u. Söber aufdeckte, das wird der richtige Grund sein, warum Meis unhöflich gewesen sein soll. Wenn aber Herr Wirth glaubt, auf diese Weise mit der Arbeiterorganisation fertig zu werden, dann ergeht es ihm, wie so manchem Krösus, der zwar sehr reich ist, aber den Geist der Zeit doch nicht erfaßt hat. Organisationen der Arbeiter verlangen keine Gefälligkeit unisono, und auch Herr Wirth braucht sich schließlich einmal über uns nicht zu beklagen, wenn wir mit Zinjeszinsen heimziehen.

Mürnberg-Fürth. Etwas Heiteres von der Lohnbewegung der Speditionsarbeiter. In Nr. 88 des Courier, vom 20. September d. J., haben wir auf die Daten eines Herrn Gustav Rudi, Syndikus der vereinigten Münberg-Fürther Speditoren, gelegentlich der Lohnbewegung hingewiesen. War uns schon dessen nervöse Schreibweise immer ein Mittel, um unsere Lachmuskeln in Bewegung setzen zu können, sein direktes Eingreifen beim Suchen nach Arbeitswilligen war noch köstlicher. Unser lebhafter Wunsch war, mit einem solch tüchtigen Manne die ganze Lohnbewegung ausfechten zu können, um so besser auf unsere Rechnung zu kommen. Doch der Mensch denkt, und die Speditoren konnten, kann man hier sagen die deutliche Korrespondenz, welche die Streikleitung mit dem Herrn Syndikus pflog, mochte schon die Unternehmer stutzig gemacht haben. Dazu kam das herrliche Schauspiel von Lauf, wo der Syndikus, um Arbeitswillige zu finden, bei dem Vertrauensmann der sozialdemokratischen Partei und Vorsitzenden der Müller-Organisation, Genossen Rupprecht, am 2. August vorsprach. Genosse Rupprecht und sein Hausherr Wittmann erklärten sich anscheinend bereit, dem Herrn Syndikus Rudi behilflich zu sein. Rudi machte aus seinem Herzen keine Mordergabe und zog nun los gegen die immer begehrlicher werdenden Speditionsarbeiter; er sah im Gesichte schon deren Organisation vernichtet und die alten Arbeiter sämtlich ausgepeert, oder richtiger gesagt, dem Hungertode preisgegeben. Er erzählte unserem Genossen Rupprecht weiter, ohne an den in Wirtschaftskräume hängenden Porträts Lassalle's, Engels etc. zu merken, wo er sich eigentlich befindet daß Geld genug da sei, die Arbeitswilligen bekämen pro Woche 80 Mk., und Rupprecht würde, wenn die Sache gut ausginge, ein gemachter Mann.

Als sich der Syndikus Rudi noch in dem Notizbuch des Genossen Wittmann verewigt hatte, empfahl er sich, um weitere Taten zu vollführen.

Sofort nach Abgang Rudis meldete unser Genosse Rupprecht pflichtgemäß alles Geschehene dem Verbandsbüro in Nürnberg. Es fand eine persönliche Unterredung mit dem Gauleiter Maar statt, und einigte man sich dahin, den Versuch zu machen, etwas Schriftliches von Rudi zu fordern, damit der Nachwelt solche Taten nicht vorerhalten bleiben. Auch darauf fiel unser erprobter Syndikus hinein.

Rupprecht schrieb folgenden Brief an Rudi:

Lauf, den 5. August 1908.

Geehrter Herr!

Auf unsere Bekanntmachung vom 3. und 4. d. Monats haben sich eine ganze Anzahl Leute gemeldet, von denen leider die Mehrheit organisiert ist, so daß wir bis jetzt nur 7 Mann auswählen konnten. Teilen Sie uns mit, ob Sie Angehörige der christlichen Organisation einstellen, und was wir den Leuten, wie vereinbart, bis Samstag mitteilen sollen. Desgleichen wäre eine kleine Entschädigung für unsere Bemühungen und Auslagen erwünscht.

Hochachtungsvoll

Rupprecht und Wittmann.

Flugs darauf kam folgendes Antwortschreiben und das nötige Geld hierzu:

Mürnberg, den 7. August 1908.

Geehrter Herr Rupprecht!

Mit Postanweisung habe ich soeben 51 Mark an Sie abgesandt. Davon verwenden Sie 30 Mark als vorläufige Vergütung für Sie und Herrn Wittmann. Die übrigen 21 Mark verteilen Sie auf die 7 Mann, je dem 3 Mark, welche Sie vorgemerkt haben. Wir haben von unseren Arbeitern die Forderungen noch nicht erhalten, das wird aber nächstem gesehen, und werden wir dann die Arbeiter beuchen. Engagieren Sie, wie ich am Sonntag schon sagte, nicht fest, sondern merken Sie sich nur Leute auf weiterhin vor, damit man gleich auf sie zurückgreifen kann, wenn man sie braucht.

Hochachtungsvoll

Syndikus Rudi.

Mittlerweile hatte Rudi scheinbar Lunte gerochen, er machte sich auf die Bahn und stattete unsern Freund Rupprecht wieder einen Besuch ab. Sehr eifrig soll er dabei nach Rupprecht gefahndet haben, und als er ihn spät abends erblickte, war keine Zeit mehr zu Auseinandersetzungen, weil der Zug gerade abfuhr.

Rupprecht wollte nun das Geld am folgenden Tag im Büro des Transportarbeiterverbandes hinterlegen, wo es für die Streikenden Verwendung finden sollte. Doch wir wollten uns noch länger freuen an dem Herrn Syndikus und seinen Taten und rieten davon ab. Genosse Rupprecht sandte darauf folgendes Schreiben an Rudi:

Lauf, den 12. August 1908.

Herrn

Gustav A. Rudi, Nürnberg!

Sie haben anlässlich Ihrer letzten Unterredung mit mir unter Anderem verlangt, die Namen gedachter Streikbrecher, sowie die von Ihnen mir freiwillig zugesprochene Entschädigung an Sie einzuliefern. Sie möchten sich bedienen lassen und den Lohn hierfür für sich behalten. Ich teile Ihnen nun Folgendes mit: Als Vertrauensmann der Sozialdemokratischen Partei und Vorsitzender einer modernen Gewerkschaft war es meine Pflicht, Ihren Besuch bei mir an zuständiger Stelle, dem Transportarbeiterverband, zu melden. Aus dieser Mitteilung allein werden Sie sehen, wie unendlich Sie sich blamieren haben. Der mir zugeordnete Judaslohn samt der Schmiergelder steht zu Ihrer Verfügung, und können Sie den Betrag von 51 Mark durch einen beglaubigten Voten abholen lassen.

In Ihrem Interesse dürfte es liegen, meine Wohnung nicht mehr zu betreten, da Sie besonders bei Ihrem gestrigen Besuch zeigten, daß Sie noch nicht gelernt haben, wie sich ein Fremder in eines Anderen Behausung zu benehmen hat.

Mit ganz besonderer Hochachtung

Rupprecht.

Tags darauf ließ Rudi den Betrag per Postauftrag einziehen; selbst ließ er sich nicht wieder sehen, sondern schrieb noch einmal einen schönen Brief nach Lauf.

Die vereinigten Arbeitgeber waren anscheinend von den Erfolgen ihres Syndikus nicht recht zufrieden. Sie ließen ihm zu unserm größten Leidwesen gelegentlich der ersten Unterhandlungen mit der Lohnkommission am 26. August noch einmal das Wort, dann nahmen sie ihr Schicksal selbst in die Hände.

Untern 8. September lief von den zwei größten Firmen am Ort folgendes Schreiben ein:

Deutscher Transportarbeiterverband,
Ortsverwaltung Nürnberg-Fürth.

Unter Bezugnahme auf unsere bisherigen Unterhandlungen wegen der schwebenden Lohnhöhenfragen eruchen wir Sie, alle weitere Verhandlungen nicht mehr durch Vermittlung des Syndikus der Speditorenreinigung, Herrn Redakteur Rudi, sondern direkt mit den unterzeichneten Firmen führen zu wollen.

Die gewünschte Lohnerhöhung von 2 Mark pro Woche wird von uns genehmigt, doch wäre im beiderseitigen Interesse wünschenswert, die Vertragsdauer auf 8 Jahre zu verlängern.

Hochachtungsvoll

M. M.

Am 8. September teilt uns der Herr Syndikus als letzten Scheidegruß auf einer Karte mit:

„Da die Streikangelegenheit einer friedlichen Auseinandersetzung Platz machen soll, wünscht die Firma Danler & Co. daß Sie und die Kommission morgen Vormittag gleich nach Ihrer Sitzung zur Firma Danler kommen.“

Hochachtungsvoll

G. A. Rudi.

Syndikus der Nürnberg-Fürther Speditoren.

Die Kommission unterhandelte am Tage darauf mit den einzelnen Arbeitgebern ohne Syndikus. Die Arbeit wurde Mittags nach 1 1/2 tägigen Streik, der vielleicht ohne Eingreifen des Syndikus vermieden worden wäre, wieder aufgenommen. Die Unternehmer, mit a leiniger Ausnahme des Herrn Dumelker, verpflichteten sich, die Streiktage zu bezahlen, obwohl der Herr Syndikus noch

am 14. Juli in seinem Pflichteifer bemerkte, daß die überaus ungünstige Lage der wirtschaftlichen Verhältnisse in keiner Weise dazu angetan ist, Änderungen in den bisherigen Verhältnissen eintreten zu lassen, ja sogar die Zulehnahme der Kündigung des Tarifes bis spätestens 20. Juli verlangte.

Schließlich im Etich wurde der Syndikus von den in der Umgebung Nürnbergs angeworbenen Arbeitswilligen gelassen, so daß er auch noch auf den genialen Gedanken kam, die Lohnkommission im letzten Moment vor 2 in Hamburg und Hannover bereitstehenden Extrazügen mit Arbeitswilligen grüßlich zu machen.

Ein mitleidiges Lächeln der Lohnkommission war die Antwort darauf. Vielleicht bezahlt Herr Rudi diesen bereitstehenden Arbeitswilligen auch jeden Tag einen Taler, bis sie irgendwo Verwendung finden.

Ja, ja, große Pläne waren es, Herr Rudi, aber Ihre Rechnung haben Sie ohne den Transportarbeiterverband gemacht.

Für das uns bereitere Vergnügen unsern besten Dank.

Öffentliche

und Mitglieder-Versammlungen.

Altona. Öffentliche Versammlung der Fischkutscher von Hamburg-Altona am 24. Oktober. Ueber die Entwicklung unserer Organisation referierte ein Kollege. Er wies besonders auf die große Bedeutung der Zentralisation in unserem Berufe hin, wie wir im Laufe der Jahre außerordentliche Verbesserungen für die Kutscher errungen haben und es nun endlich an der Zeit ist, auch die Mißstände in den Fischbetrieben zu beseitigen. Dieses könne aber nur geschehen, wenn sich die Kollegen fest in der Organisation zusammenschließen und so dem Unternehmertum gegenüber eine kompakte Masse bilden. In der sehr lebhaften Diskussion wurden ganz ungläubige Zustände zu Tage gefördert. Es wird bei der Firma Ruff von morgens 5 Uhr zeitweise bis nach 12 resp. 3 Uhr gearbeitet und dafür dann Sonnabends eine Entschädigung von 2 bis 3 Mk. bezahlt. Die Firma Krog entlohnt ihren Kutscher, welcher Mädchen für alles spielen muß, mit 27 Mk. wöchentlich. Bei der Firma Schotte herrschen Klassenlöhne von 22 bis 30 Mark die Woche, und die Firma Lindenbergs beschäftigt ihren Kutscher sogar nachts aus dem Bette zu holen, wenn es notwendig ist.

In seinem Schlußwort führt dann der Referent aus: Es erscheine fast ungläublich, daß im 20. Jahrhundert noch Betriebe existieren, die, bei einer täglichen Arbeitszeit bis zu 22 Stunden 16 1/2 Pf. Stundenlohn bezahlen. Es ist kein Wunder, wenn sich die Unfälle in unserem Berufe immer vermehren und Zeit ist es, daß die Öffentlichkeit einmal von diesen Zuständen Kenntnis erhält. Es ist dies eine Ausbeutung der gemeinsten Art. Seit Inkrafttreten des neuen Sozialtarifs hat die Fischindustrie einen ungeahnten Aufschwung genommen; man hat aber noch nichts davon gehört, daß die Löhne der Arbeiter erhöht worden wären. Ein Familienvater kann bei solchen Löhnen seine Familie nicht menschenwürdig erhalten; er ist gezwungen, unehrlich zu werden. Wir wollen aber nicht zusehen, wie unsere Kollegen durch die Schuld des Unternehmertums ins Gefängnis wandern. Prinzip des Unternehmertums ist es ja, Klassenlöhne zu zahlen, um Uneinigkeit unter die Kollegen zu säen; wir müssen eben für gleiche Arbeit gleichen Lohn verlangen. Dieses können wir aber nur, wenn wir uns alle organisieren, als Klassenbewußte Arbeiter auftreten und für unsere Menschenrechte kämpfen. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

„Die am 24. Oktober tagende öffentliche Versammlung der Fischkutscher Hamburg-Altonas erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden. Sie erblickt in dem Anschluß an den Deutschen Transportarbeiter-Verband das einzige Mittel, um die in den Fischbetrieben bestehenden Mißstände zu beseitigen, und verspricht, alles daran zu setzen, um auch den letzten Mann der Organisation zuzuführen.“

Es wurde dann noch beschlossen, in allernächster Zeit eine neue Versammlung einzuberufen, zu welcher nicht allein die Kutscher, sondern auch die Arbeiter und Arbeiterinnen dieser Betriebe geladen werden sollen.

Berlin T. Am 21. Oktober hielt die Glas-, Porzellan-, Kurzwaren- und Exportbranche eine Versammlung ab, in welcher ein Kollege über die Bedeutung der Gewerbegerichte und die diesjährigen Bestimmungswahlen sprach. Deren Entstehung nachweisend, legte er in weiteren Ausführungen die einzelnen Bestimmungen des Gesetzes dar, dabei hervorhebend, daß die Gleichgültigkeit, die in früheren Jahren bei derartigen Wahlen an den Tag gelegt wurde, abgestreift werden muß. Die große Masse der Gewerbeschaftler poche auf ihre Kraft, wissend, daß der Sieg unser sei, obwohl es nur ein ganz geringer Bruchteil war, der seiner Pflicht genügte. Diese Siegesfreudigkeit wird in diesem Jahre ganz bedeutend gemindert dadurch, daß zum ersten Male nach dem Verhältniswahlssystem gewählt wird. Der Berliner Blockfreisinn hat es für gut befunden, diese Einrichtung zu treffen, vielleicht bezwegen, damit auch dessen winzige Anhänger in Arbeiterkreisen — die Hirsch-Dunderschen — dadurch ebenfalls in die Lage kommen, ein paar Weisiker durchzubringen. In Städten jedoch, wo diese die Mehrheit haben, denken sie gar nicht daran, das alte System zu beseitigen. Wir werden also, wenn nicht jeder freireorganisierter Arbeiter zur Urne geht, es erleben können, daß selbst sogenannte Unabhängige, Vaterländische, und — die Krone des ganzen — die Gelben ihre Kandidaten durchbringen. Es ist anzunehmen, daß jeder von der Wichtigkeit der Gewerbegerichte überzeugt ist, umsomehr muß es unsere Aufgabe sein, die Zusammensetzung so zu treffen, daß

wir uns nicht später selbst Vorwürfe zu machen brauchen. Denn es wäre doch geradezu absurd, einem Gelben als Richter über sich zu sehen der ein objektives Urteil abzugeben gar nicht in der Lage ist. Das Abhängigkeitsgefühl wird dem Betreffenden in jedem Falle davon abhalten, einem Urteil zuzustimmen, das gegen seinen „Herrn“ gerichtet ist. Das ureigenste Interesse jedes Arbeiters — aus der Nichtorganisierten — erfordert es, daß nur solche Männer als Beisitzer gewählt werden, die auch den Mut haben, die Interessen der Arbeiterschaft nach jeder Richtung hin wahrzunehmen. Die Agitation zur diesjährigen Beisitzergewahl muß deshalb so intensiv wie möglich betrieben werden; jeder einzelne muß sich dem Ernst der Sache bewußt sein. Den Vertrauensleuten speziell erwächst die Pflicht, die Vorarbeiten zu erledigen; die Säumnigen müssen aufgeräumt werden. Kein Kollege, der das 25. Lebensjahr vollendet hat, darf am 29. November zu Hause bleiben. Damit wir auch in diesem Falle beweisen können, daß der Gedanke der freien gewerkschaftlichen Organisation voran marschiert. Eine Diskussion wurde nicht beliebt.

In die Sektionsleitung wurden gewählt: als Schriftführer Kollege Mittelstädt, zu Beisitzern die Kollegen Kuffertow, Ganzer und Klose, sowie zum Beisitzer der Distriktsagitationskommission der Kollege Schramm. Im weiteren wurde mitgeteilt, daß am 14. Oktober eine Vertriebsstation der Kollegen der Firma Edelstein abgehalten wurde, in welcher sich vier Kollegen aufschreiben ließen. Jedenfalls ein Beweis, daß eine wirklich durchgreifende Agitation nur betrieben werden kann, wenn man die einzelnen Betriebe versucht, zu gewinnen. Wenn die Edelsteinsche Kollegen treu zu uns halten, dann werden wir auch hier mit den verrätterlichen Zuständen aufräumen. Zum letzten Punkt entwickelte sich eine interessante Diskussion über die Notwendigkeit der Unterstützungsvereinigungen in den Gewerkschaften. Von allen Rednern wurde anerkannt und hervorgehoben, daß, je mehr das Unterstützungssystem ausgebaut würde, desto schlagkräftiger würden die Gewerkschaften werden.

Berlin I. Kassenericht vom 1. Juli 1908 bis 30. September 1908.

Einnahme:

Kassenbestand am 1. Juli 1908	50 447,57 M.
60 602 Beiträge à 20 Pf.	20 200,80 "
88 849 " " " " " "	9 712,25 "
54 " " " " " "	10,80 "
2 911 " " " " " "	291,10 "
4 259 Streifen à 80 Pf.	1 277,70 "
847 Aufnahmen à 1 M.	847,— "
2 Ortsfond, 1 à 20 Pf., 1 à 25 Pf.	—,45 "
82 Nachzahlungen à 15 Pf. zu den 25 Pf. Beiträgen	4,80 "
2 Duplikatbücher à 20 Pf.	—,40 "
Zellensammlungen	49,50 "
Nachträglich eingegangene Billets v. Festen	9,— "
2088 Markmarken à 5 Pf.	101,80 "
Zinsen	627,10 "
Protokolle Verbandstag 1907, 287 à 25 Pf.	66,75 "
Summa	83 147,02 M.

Ausgabe:

Kranken-Unterstützung	2 514,— M.
Beerdigungsbeihilfe	2 175,— "
Notfall-Unterstützung	165,— "
Arbeitslosen-Unterstützung	829,— "
Gehälter und Versicherungsbeiträge	2 652,88 "
Entschädigung der Beitragskassierer	674,60 "
Entschädigung der Hilfsarbeiter	20,10 "
Agitation, Referate, Inserate, Säulen, Sitzungsentchädigung	637,80 "
Courier-Expedition	864,45 "
Büro: Miete	875,— "
Telefon	57,50 "
Beleuchtung	11,06 "
Portos	188,71 "
Reinigung	106,85 "
Kleine Ausgaben	56,15 "
Beerdigungskosten und Kränze	113,50 "
Bier an Arbeitslose in Versammlungen	84,80 "
Prozentualer Zuschuß (Arbeitsnachweis) 2. Quartal	1 880,— "
Prozentualer Zuschuß (Groß-Berlin) 8. Quartal	8 955,81 "
Zeitungen, Bücher, Verbandstag-Protokolle etc.	553,08 "
Buchdrucker-Rechnung und Jahresberichte	1 242,80 "
Beitrag an die Gewerkschaftskommission 1. und 2. Quartal	658,50 "
Rechtschuh	207,— "
An die Hauptkasse gesandt	18 531,95 "
Summa	87 954,84 M.

Aufstellung:

Einnahme	83 147,02 M.
Ausgabe	87 954,84 "
Kassenbestand am 30. 9. 08	45 192,18 M.

Hermann Weisner, Kassierer.

Bücher und Belege geprüft und übereinstimmend gefunden
Berlin, den 30. 10. 08.

Die Revisoren:

Emil Reich, Rich. Quaack, Fritz Zimmermann.

Die Hauptkasse zahlte im Laufe des 3. Quartals 1908 an 40 Pf. zahlende Mitglieder folgende Unterstützungen:

Arbeitslosen-Unterstützung	7 879,80 M.
Kranken-Unterstützung	2 813,80 "
Gemeinregelter-Unterstützung	803,90 "
Notfall-Unterstützung	885,— "
Beerdigungsbeihilfe	460,— "
Rechtschuh	22,45 "
Summa	12 863,95 M.

*) Die 2911 Beiträge à 10 Pf. zum örtlichen Fond entsprechen 2911 verkauften Marken à 50 Pf.

Berlin. In einer Versammlung der in der Herrensektion beschäftigten Handelsarbeiter, die am 20. Oktober stattfand, referierte Genosse Stunze vom Schneiderverband über die Beteiligung an den diesjährigen Delegiertenwahlen zur Krankenkasse der Schneider usw. Die Ausführungen des Redners zielten darauf, daß es den Arbeitnehmern der pp. Krankenkasse, zu denen auch die Kollegen aus der Herrensektions- und Maßgeschäften gehören, diesmal gelingen muß, eine so große Anzahl Delegierten durchzubringen, daß es möglich ist, einen entscheidenden Einfluß auf die Verwaltung zu bekommen. Sichtlich auch in dieser Beziehung schon ganz ansehnliche Erfolge erzielt worden — ist es auch gelungen, die Schützlinge des Reichsliederverbandes abzugeben, die früher die Macher in der Klasse waren, so haben die Klassenmitglieder doch keine Ursache, auf ihren Lorbeeren auszuruhen. Im Gegenteil, sie haben allen Grund, weiter daran zu arbeiten, die Verhältnisse innerhalb der Klasse für die Arbeitnehmer günstiger als bisher zu gestalten. Und nicht zum wenigsten die Handelsarbeiter sind es, die ein Interesse daran haben, wie der Verwaltungsrat einer Krankenkasse, zu welcher sie einen hohen Prozentfuß an Mitgliedern stellen, zusammengesetzt ist. Sie haben ein Recht darauf, ihrer Zahl entsprechend durch Delegierte vertreten zu sein und kommt es nur auf sie an, ihr Recht auch geltend zu machen. Es gilt aber nun auch, energig Hand anzulegen, mit aller Energie in die Vorarbeiten einzutreten. Es muß diesmal alles aufgebieten werden, daß die Beteiligung an den Wahlen eine viel lebhaftere wird, als es früher der Fall war. Kein Handelsarbeiter darf sich seiner Pflicht entziehen; alles muß bis auf den letzten Mann zur Stelle sein. Den noch weniger Aufklärern muß es auseinandergelegt werden, daß ihr eigenes Wohl und Wehe davon abhängt, wie die jetzigen Delegiertenwahlen ausfallen.

Auch müsse tüchtig dafür gearbeitet werden, die interessierten aller Arbeiter, die Heimarbeiter und Arbeiterinnen endlich dahin zu bringen, aus ihrer lethargie aufzuwachen und sich vollzählig an den Wahlen zu beteiligen. Das können viele unserer Kollegen dadurch, daß sie zunächst in eigenen Häusern anfangen, zu agitieren und ihre Frauen, soweit sie Mitglieder der Schneiderkassen sind, die große Bedeutung der Krankenkassen, die diese auch gerade für sie haben, klar zu machen. Auch sie haben hier mal Gelegenheit, von einem Rechte Gebrauch zu machen, das von den Frauen leider noch viel zu wenig beachtet wird. Die große Zahl der Heimarbeiter kann und muß ausschlaggebend für uns sein. Dafür können unsere Kollegen, die viel mit den Heimarbeitern zu tun haben, bei einigem gutem Willen sehr viel tun. Es wird ihnen leicht sein, die Heimarbeiter von der großen Bedeutung, welche die Krankenkassen gerade für die schlechtbezahltesten und überhaupt am schlechtesten gestellten aller Arbeiter zu überzeugen. Den vereinten Kräften der Schneider, Handels- und Arbeiter wird es gelingen, die Krankenkasse der Schneider zu einer der bestgeleiteten aller Klassen umzugestalten.

Breslau. In unserer letzten Mitgliederversammlung hielt der Gauleiter einen Vortrag über: „Die Balkanwirren“. Redner schilderte in ausführlicher Weise die Zustände in den Balkanstaaten, wie sich dieselben entwickelt haben und wie gefährdend die ganze Situation dort ist, und welche Folgen auch für die deutsche Arbeiterkassen daraus erwachsen können. Redner wies auch darauf hin, daß oft in äußerster frivoler Art und Weise von einzelnen Personen in regierenden Kreisen zum Kriege geblasen und geschürt wird, wodurch die Arbeiterkassen immer nur den größten Schaden hat. Es muß daher den Schürern ganz energig begreiflich gemacht werden, daß die Arbeiter keine Lust und kein Verlangen danach haben, ihr Blut für einzelne Hitzköpfe zu opfern, sondern empfiehlt diesen Geistes, sich gegenseitig selbst zu bekriegen, da wird diesen die Lust schon vergehen. Der große Beifall bewies, daß der Referent allen aus dem Herzen gesprochen hatte.

Dann gab Kollege Brüdner einen ausführlichen Bericht von der Gauleitung. Ferner wurde der Antrag der Sektion der Sandstoffer beraten, der dahin ging, die beiden Kollegen Sandstoffer Otto Antekmann, Opt.-Nr. 141 111, und Georg Brodel, Opt.-Nr. 140 619, wegen Streikbruchs auf Grund des § 3, Abs. 7a unseres Statuts aus dem Verbandsauszuschließen. Nach eingehender Schilderung der Angelegenheit durch den Vorsitzenden wurde einstimmig beschlossen, dem Antrag zuzustimmen und bei dem Hauptvorstand den Ausschluß der beiden zu beantragen. Nachdem noch einige geschäftliche Mitteilungen ihre Erledigung gefunden hatten, erfolgte Schluß der Versammlung.

Charlottenburg. Am Sonntag, den 18. Oktober fand für den neuen Distrikt von Groß-Berlin eine öffentliche Versammlung statt. Auf der Tagesordnung stand ein Vortrag des Genossen Eldmer: „Der Kampf um's Recht.“ In einstündiger Rede schilderte der Referent, oft durch Beifall unterbrochen, die Rechtlosigkeit der großen Masse der Bevölkerung. Er hob hervor, daß hieran zum Teil das Proletariat selbst Schuld habe, da es leider noch, mit wenigen Ausnahmen, zu faunselig in der Wahrnehmung ihrer heiligsten Rechte sei. Es gäbe noch einen großen Teil von Proletariern, speziell aus dem Handels-, Transport- und Verkehrsgewerbe, welche lieber den Worten derer zuhören, die stets und ständig an jeder Stelle die Interessen des Proletariats verraten, und mit Füßen getreten hätten, anstatt sich mit ihren Arbeitskollegen Schulter an Schulter zu stellen, um hierdurch an dem Befreiungskampf der unerdriekten Klasse tätigen Anteil zu nehmen. In der Diskussion sprachen viele Kollegen im Sinne des Referenten. Ein Vertreter der freien Studentenschaft agitierte dann noch in längeren Ausführungen für die rege Beteiligung

der Arbeiter an den Unterrichtsabenden der Fortbildungskurse.

Unter Geschäftliches wies der Vorsitzende auf die in Charlottenburg stattfindenden Stadtverordnetenwahlen, sowie der Wahlen zum Gewerbebezirk in Berlin hin. Ferner teilte er mit, daß seit dem 1. Oktober der Kollege Max Bernhardt die Geschäfte des Zweigbüros von Groß-Berlin in Charlottenburg übernommen habe und gleichzeitig Obmann der Distriktskommission sei, welche sich aus folgenden Personen zusammensetzt: Obmann Kollege Max Bernhardt, Schriftführer und Vertreter für die Mineralwasserarbeiter Ernst Schöple; für die Hausdiener wurde der Kollege Oskar Schulz nachgewählt, da der Kollege Volkentin sein Amt erst gar nicht angetreten hatte. Für die Möbeltransportarbeiter der Kollege Ernst Neumann, für die Metallindustrie der Kollege Karl Dost, für die Kohlenarbeiter der Kollege Franz Bergmann, für die Geschäftstischler der Kollege Otto Janke, für die Automobilfahrer der Kollege Karl Telschow, für die Stallknechte der Kollege Albert Schulze. Als Angestellte kommen noch hinzu der Kollege Gustav Stahlert, der im Bureau tätig ist, sowie der Einkassierer Wilhelm Rosenkranz. Nachdem noch einige Kollegen auf das eigenartige Verhalten des Konsumvereins gegenüber der Schmidtöhne zahlenden Firma Gebauer hingewiesen, sowie ein Kollege seine Freude über das jetzt ununterbrochene Offenhalten des Büros ausdrückte, schloß der Vorsitzende mit dem Hinweis auf eine energische Beteiligung aller bei der einschneidenden Agitation sowie dem für den Klassenkampf des Proletariats notwendigen Beitritt aller Kollegen in die gewerkschaftliche und politische Organisation sowie des Konsumvereins, die seit langem mal wieder gut besuchte Versammlung.

Cöthen. Eine der Mitgliederzahl der Verwaltungsjahre entsprechend gut besuchte Versammlung tagte am Sonntag, den 25. Oktober. Der Gauleiter hielt Vortrag über „Das Recht im gewerblichen Arbeitsverhältnis“. Die wertvolle Abrechnung für das 3. Quartal ergab leider einen kleinen Mitgliederrückgang. Wenn man freilich bedenkt, daß einzelne Kollegen aus ganz wichtigen, für das Verbandsleben absolut nicht in Frage kommenden Gründen der Organisation den Rücken kehren, möchte man den Rückgang fast verständlich finden, wenn er auch auf keinen Fall zu entschuldigen ist. Denn wie anders ist es möglich, daß, wie geschehen, ein Kollege — und nicht etwa ein Neuling als Verbandsmitglied — seine Mitgliedschaft aufgibt, weil bei der Güterexpedition auf dem Bahnhofe ein anderer Kollege, trotzdem diesem das unmöglich war, dem ersteren nicht zeitig genug Platz machte. So etwas sollte und dürfte nicht vorkommen; daß es aber passiert ist, beweist, daß die Cöthener Kollegen noch recht viel Aufklärung nötig haben, und daß es deshalb in Cöthen, diesem netten Unhaltener Städtchen, wo die Organisationsverhältnisse der Arbeiter im allgemeinen nicht allzuweit mehr zu wünschen übrig lassen, noch ein ganz anständiges Stück Arbeit zu bewältigen gibt, bis alle Kollegen den wahren Wert der Organisation erkannt haben. Deshalb, Kollegen in Cöthen, seid in Zukunft nicht mehr ganz so überempfindlich wie bisher und arbeitet dafür etwas mehr für die Ausbreitung des Verbandes, damit es uns endlich einmal gelingen wird, mit Euren elenden wirtschaftlichen Verhältnissen gründlich aufzuräumen.

Danzig. Am Sonntag, den 25. Oktober fand unsere Mitgliederversammlung statt. Der Kassierer teilte zunächst den schlechten Besuch. Es ist mehr als bedauerlich, wenn von 121 Kollegen nur 18 erschienen. Die Kollegen müssen hier mehr auf dem Wachen sein und die Säumnigen mehr und mehr ausräumen. Das 3. Quartal stand unter dem Zeichen der Lohnbewegung der Speichelarbeiter. Ist die Lohnbewegung nicht so ausgefallen, wie wir es erwartet haben, so ist dieses auf die Interesslosigkeit der Speichelarbeiter selbst zurückzuführen. Drei Firmen haben die Lohnforderung auf ein Jahr bewilligt. Die Kollegen bei der Firma Miehlenz, aufgemuntert durch die Erfolge der Kollegen bei Kupfer, Raiffeisen und Finger und Döring, legten am 6. Oktober die Arbeit nieder, da Herr Miehlenz nicht bewilligen wollte. Die gegenwärtige Krise, ebenso der Brand der Deilmühle, wodurch 250 Mann arbeitslos wurden, haben uns den Sieg freitig gemacht; wir waren gezwungen den Streit nach acht Tagen aufzugeben. Die Firma Finger u. Döring wußte die errungene Lohnserhöhung dadurch zu umgehen, daß sie eine Zage-Lohnparade von 13 Mann einstellte und so den Tarifvertrag illusorisch machte. Die 15 Mann starke Alfordpartie hatte man mit 1—2 Waggons täglich abgepfeift. Dadurch waren die Kollegen selbst zum Tarifbruch gezwungen, wollten sie sich nicht aushungern lassen. Die Firma entschuldigte sich dadurch, den Lohnarif nicht eingehalten zu haben, daß die Getreideausfuhr jede Lohnserhöhung mit der Mobilisierung ablehnen müßten, weil nicht sämtliche Kornwerfer den Tarif anerkannt haben. Zwischen der Firma Finger und Döring und den Alfordleuten kam nun folgender Vertrag zu Stande: Tagelohn von 6 Uhr morgens bis 6 Uhr abends 3 M., und den alten Alfordzuschlag; wird nur Alford berichtet, so wird nach dem neuen Lohnarif bezahlt. Ferner verpflichtet sich die Firma, die als Lohnrücklage angenommenen Tagelöhner sofort zu entlassen. Nun Kollegen! Aufgehoben ist nicht aufgehoben. Erfüllen die Kollegen ihre Pflicht voll und ganz in ihrer Organisation, so werden wir bei günstiger Gelegenheit nicht nur unserem Lohnarif Geltung verschaffen, sondern denselben noch bedeutend erhöhen können.

Im Quartal gingen ein 13 Briefe und Karten, 9 Drucksachen 21 Pakete und 2 Depeschen. In Ausgängen: 35 Briefe und Karten, 37 Drucksachen und 1 Depesche; 4 Schriftstücke wurden für Mitglieder an-

gefertigt. Abgehalten wurden 11 öffentliche, 3 Mitgliederversammlungen und 56 Besprechungen. An der Lohnbewegung waren 250 Mann beteiligt. Der Abrechnungsbericht ergab folgendes Resultat: Einnahme und Ausgabe balanciert mit 528,03 Mk. An Unterstützungen für Arbeitslose 6 Mk., für Kranke 12 Mk., für Gemahregelte 100 Mk. Der Mitgliederbestand betrug am Ende des 2. Quartals 104 Mitglieder, aufgenommen wurden 31, zugereist 1 und übergetreten 1. Summa 137. Im Laufe des 3. Quartals mußten 16 wegen rückfälliger Beiträge gestrichen werden, es bleibt ein Bestand von 121 Mitgliedern.

Kollegen! Haben wir auch um 17 Mann im 3. Quartal zugenommen. So hat unsere Beitragsleistung damit nicht gleichen Schritt gehalten. Wir haben im 2. Quartal über 100 Beiträge bei nur 104 Mitgliedern mehr verkauft als im 3. Quartal. Das muß anders werden. Wollen wir dem isolierten Unternehmertum jederzeit gerüstet gegenüberstehen, so müssen wir neben einer starken Organisation auch eine gestützte Kasse haben; nur dann sind wir im Stande, unsere Lohnkämpfe mit Erfolg durchzuführen. Nach kurzer Diskussion wurde die Abrechnung von den Revisoren für richtig befunden erklärt. Nach Erledigung verschiedener Verbandsangelegenheiten wurde die Versammlung nach einem kräftigen Schlußwort geschlossen.

Heide. Am 17. Oktober fand eine gutbesuchte Mitgliederversammlung statt. Der Kassierer gab die Abrechnung vom 3. Quartal 1903. Einnahme 410,76 Mk., Ausgabe 403,15 Mk., Kassenbestand 15,61 Mk. Die Kasse ist revidiert und für richtig befunden. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Alsdann wurden 80 Mk. zu der Kartellfabrik bewilligt, ferner wurde beschlossen, am 8. November eine öffentliche Mitgliederversammlung abzuhalten.

Unter Punkt Verschiedenes wurde vom Kollegen Häft gerügt, daß noch sehr viele Kollegen dem Verbandsfernsehen.

Leipzig. Wir hielten am 30. Oktober unsere Quartalsgeneralversammlung ab. Der Bevollmächtigte erstattete den Geschäftsbericht. Aus den gemachten Ausführungen ist zu entnehmen, daß fünf erfolgreiche Lohnbewegungen, an denen 50 Verbandsmitglieder beteiligt waren, geführt wurden. Neben Verkürzung der Arbeitszeit und sonstigen Verbesserungen wurden Lohnerhöhungen von 1-3 Mk. wöchentlich für den einzelnen erzielt. Wegen Nichteinhaltung der vereinbarten Lohnsätze kam es in einer Reihe von Betrieben zu Differenzen, die durch Eingreifen der Verbandsleitung erledigt wurden. In der Berichtszeit wurden abgehalten 3 Mitglieder- und 12 öffentliche Versammlungen, sowie 174 Betriebsbesprechungen und Sitzungen. Nachdem das Andenken von zehn verstorbenen Kollegen in üblicher Weise geehrt war, erstattete der Kollege Schmidt den Kassenbericht. Der Gesamtquartalsseinnahme von 51 193,26 Mk. stand eine Ausgabe von 25 312,84 Mk. gegenüber, so daß ein Kassenbestand von 25 880,42 Mk. am 1. Oktober verblieb. An Kranken-, Arbeitslosen- und sonstigen Unterstützungen wurden 4391,80 Mk. verausgabt und der Hauptkasse 18 097 Mk. überwiesen. Am 1. Oktober war ein Mitgliederbestand zu verzeichnen von 492 männlichen, 156 weiblichen und 161 jugendlichen. Zusammen 4909. Neben 7664 verkauften Sekretariats- und Streckendarmen wurden 58 364 Mitgliedsbeiträge, oder pro Mitglied 11,8 Beitrag bezahlt.

Der Bericht über den Arbeitsnachweis wurde vom Kollegen Meder erstattet. Im verflohenen Quartal meldeten sich 351 Verbandsmitglieder arbeitslos, die gezwungen waren, zusammen 7104 Tage zu feiern, das ist gegenüber dem gleichen Quartal des Vorjahres ein Mehr von 91 Personen und 3103 Tage. Ein Vergleich mit den drei ersten Quartalen des Jahres 1907 ergibt folgendes Bild: Es waren arbeitslos 1907: 936 Personen 16 304 Tage. Im Jahre 1903 waren aber 1376 Mitglieder zusammen 28 652 Tage arbeitslos, das ist in diesem Jahre ein Mehr von 440 Arbeitslosen und 12 348 Tagen. Die zunehmende Arbeitslosigkeit verurteilte, daß die Arbeitslosenunterstützung von 255 Mk. auf 7045 Mk. gesteigert ist. Von 135 genehmigten Stellen wurden 114 besetzt und betrug der Durchschnittslohn pro Woche 24 64 Mk. und die durchschnittliche tägliche Arbeitszeit 9 5 Stunden. Am Quartalschluß verblieben noch 48 arbeitslose Verbandsmitglieder. Der geschäftliche Verkehr war ein reger. 432 Eingänge waren zu verzeichnen und 1870 Ausgänge mußten erledigt werden. Aufgabe aller Verbandsmitglieder muß es sein, dem Arbeitsnachweis mehr Interesse entgegenzubringen und jede freierwerdende Stelle dem Bureau zu melden.

Im Namen der Revisoren, die Kasse und Bücher geprüft und in bester Ordnung vorgefunden haben, beantragt Kollege Pabst, dem Kassierer Decharge zu erteilen was einstimmig geschieht. An die Berichte schloß sich eine recht faßlich geführte Diskussion, wo speziell die Kollegen Schick und Streicher die Verbandsmitglieder aufforderten, in der Agitation eine rührige Tätigkeit zu entwickeln. Nachdem einige Anfragen von der Verbandsleitung in zufriedenstellender Weise beantwortet, hielt Genosse Schöpflin einen interessanten und sehr reichen Vortrag über: Die Unternehmern- und Arbeiterorganisationen der Gegenwart. Der Redner gab zunächst ein anschauliches Bild über die freie Gewerkschaftsbewegung in den letzten fünf Jahren und zeigte an einem reichhaltigen Zahlenmaterial, daß trotz Einführung von Unterstützungsanstalten diesen den Kampfcharakter nicht verloren, vielmehr gerade dadurch erst in den Stand gesetzt wurden, Widerkämpfe führen zu können. Heute müssen die Gewerkschaften den Kampf nach zwei Seiten führen. weil eben die verschiedenen gewerkschaftlichen Organisationen bei Lohnbewegungen den Hausvater der Unternehmer spielen. Auf die Hirsch-Dunckerischen Gewerkschaften ist kein Verlaß, ihre Klassenverhältnisse zeigen deutlich, daß die Gewerkschaften mit am größten ist und dieses darauf zielt, daß diese Organisationen sich

balb begraben läßt. Wenn von den christlichen Organisationen größere Summen für Streiks ausgegeben, so ist dieses meistens darauf zurückzuführen, daß durch Angriffsstreiks der freien Gewerkschaften sie mit in den Kampf gedrängt wurden. Am schädlichsten für die Gewerkschaften ist das Gebahren und Treiben der Lokalvereine. Die Lokallisten tauchen auf in der Zeit der wirtschaftlichen Krise, wo die Arbeiter schon sovielso erbittert sind, sowie bei einem verlorenen Streik. Dabei wird dann den Arbeitern heile he nicht gesagt, wie es hätte besser gemacht werden können, sondern es wird über die Führer geschimpft und dieselben in der allergeringsten Weise verleumdet und verdächtigt.

Vergleicht man nun die Stärke der Gewerkschaften mit den Unternehmerorganisationen, so findet man, daß letztere nicht nur stark gestiegen, sondern nach der Kapitalkraft betrachtet, den Gewerkschaften auch weit überlegen sind. Dazu kommt, daß die Unternehmer, weil an Zahl geringer und in bezug der Organisationszugehörigkeit unabhängig, sich leichter organisieren lassen. Seit dem Jahre 1894/95 haben die Unternehmer ihre Organisation systematisch aufgebaut. Nachdem sie eine bestimmte Stärke erlangt hatten, kamen sie dazu, den Kampf mit dem Gegner aufzunehmen und gegen die Arbeiterorganisationen, die man am liebsten vernichten möchte, vorzugehen. Die Aussperrojäger betreiben dieses recht deutlich. Während im Jahre 1900 die Zahl der Aussperrten 9900 betrug, stieg diese Zahl im Jahre 1907 auf 104 000. Am 12. April 1904 wurde die zentralistische Organisation, der Industriellenverband, geschaffen, dem am 17. Mai des gleichen Jahres die Gründung des Arbeitgeberverbandes folgte. Beide Verbände, die enorm gewachsen sind, beschäftigen über 3 Millionen Arbeiter und liefern dafür Beiträge ab. Hier zeigt es sich, welche organisatorische Macht den Gewerkschaften gegenüber steht und außerdem muß berücksichtigt werden, daß das Unternehmertum in den letzten 18 Jahren riesenhaft an Kapitalkraft gewachsen ist. Die Bankabschlüsse der Industriellen sind das beste Barometer dafür, wie Geld verdient wird. Die Deutsche Bank erzielte im vorigen Jahre einen Reingewinn von 34 Millionen Mark, das ist doch ein Geschäft, was sich rentiert und wert ist, daß man's betreibt. Auch bei der Darmstädter Bank wurden, trotzdem der Dornburg daran beteiligt war, 13 Millionen Mark Reingewinn erzielt. Gestützt auf die Kapitalkraft sucht das Unternehmertum auch die politische Macht zu stärken, indem man bereits dazu übergeht, eine politische Partei zu gründen, um damit, genau wie die Junker, einen größeren Druck ausüben zu können. Kommt es aber dazu, so wird der Wahlkampf in den Fabriken entbrennen, und die Industriellen werden, von denen das Wohl und Wehe Hunderttausender von Arbeitern abhängt, werden ihre stromandogewalt noch weit mehr den Arbeitern fühlen lassen. Wollen die Arbeiter allen diesen Dingen in wirksamer Weise entgegentreten, so ist der Ausbau und die Stärkung der politischen und wirtschaftlichen Organisationen eine dringende Notwendigkeit und muß daran mit aller Macht gearbeitet werden. Zur Führung der Kämpfe gehört ein ruhiger, tüchtiger Kopf, der sich nicht von Bestimmungen leiten läßt. Eine große Organisation soll, ehe sie in den Kampf zieht, die Situation genau abwägen und dann aber mit aller Schärfe den Kampf zur Durchführung bringen. (Lebhafte Beifall.)

Der Vorsitzende verwies weiter auf die Demonstrationsversammlung sowie die bevorstehende Stadtverordnetenwahl und ersucht die Kollegen, ihre volle Pflicht zu erfüllen. Weiter wurde bekannt gegeben, daß am Sonnabend, den 7. November im Lokal „Sausouci“ ein Familienabend stattfinden und Programme im Bureau und bei den Beisitzern zu haben sind. Der Beschluß der Ortsverwaltung, auch in diesem Jahr einen gedruckten Geschäftsbericht herauszugeben, wurde gutgeheißen. Die Angelegenheit des Genossenschaftsarbeiters Waltherr fand durch dessen abgegebene Erklärung Erledigung. Nachdem noch zu einer größeren Teilnahme bei Beerdigungen von verstorbenen Kollegen aufgefordert worden war, schloß der Vorsitzende mit einem kräftigen Appell, in der Agitation nicht zu erlahmen, die gut besuchte Versammlung.

Mainz. Am Sonntag, den 17. Oktober, fand eine gutbesuchte Mitgliederversammlung statt. Den Kartellbericht gab Kollege Triebler, welcher vom Kollegen Grieb noch ergänzt wurde. Kollege Grieb führte an, daß der Mainzer Kartell jetzt die Gründung einer Genossenschaft beschließen habe. Auch in den Gewerkschaften soll die Notwendigkeit einer Zentralherberge erörtert werden, und sollen sich diese finanziell beteiligen. Alsdann erstattete der Kollege Grieb den Bericht von der am 20. September in Offenbach a. M. stattgefundenen Konferenz der Gewerkschaftsstellen. Diefelbe war vertreten von 29 Gewerkschaften mit 68 Delegierten, 22 Kartelle mit 81 Delegierten, außerdem waren eine Krankenkasse vertreten, mehrere Redakteure und Arbeitersekretäre waren als Gäste anwesend. Neben die Wahlen der Vorgesetzten zu den unteren Verwaltungsbehörden referierte Genosse Graf, Frankfurt a. M. Redner beleuchtete an der Hand von vielen Beispielen die Schrecken des Krankenversicherungsgesetzes. Infolge der durchaus rückständigen Bestimmung des Gesetzes sei es möglich, daß Leute in die unteren Verwaltungsbehörden gelangen, die nicht im geringsten in der Lage sind, ihr Amt, so wie es notwendig ist, ausfüllen zu können. Es ist deshalb notwendig, Fühlung zu nehmen, sich zu informieren, und rechtzeitig dafür zu sorgen, daß Leute in die Körperschaften kommen, die in der Lage sind, im Interesse der Arbeiterschaft wirken zu können. Ueber Arbeitskammern referierte der Arbeitersekretär Müller, Wiesbaden. Redner führte an, daß die Arbeitskammern sogar hinter die Handwerkskammern gesetzt würden, denn es würde nie möglich sein, einen arbeitervremden Antrag durchzuführen, weil der Vorgesetzte stets mit dem Unternehmer stimmen würde. Alsdann folgte die Abrechnung vom 3. Quartal. Zu der-

selben war wieder eine Zunahme von 320 Wochenbeiträgen zu verzeichnen. Die Mitgliederzahl stieg von 421 auf 444. Im gleichen Quartal 1907 wurden 1199 Beiträge weniger verkauft wie in diesem Jahre. Es ist dies ein Zeichen, daß trotz der schlechten Konjunktur, wir doch erheblich zugenommen haben. Aber damit dürfen wir auf keinen Fall zufrieden sein, im nächsten Jahr müssen wir mit den doppelten Beiträgen rechnen können. Kollege Noß führte an, daß nicht wie bisher die ganze Agitation von dem Vorstände allein betrieben werden könne, der Geschäftsführer allein könne dies nicht machen, sondern auch die Mitglieder alle müßten sich an der Agitation beteiligen. Zum Schluß erwähnte der Kollege Grieb die anwesenden Kollegen, mehr wie bisher die Versammlungen zu besuchen, die Fehlenden am anderen Tage darauf aufmerksam zu machen, daß sie nicht in der Versammlung waren, damit der Besuch in Zukunft ein besserer würde. Hierauf erfolgte Schluß der Versammlung.

Neumünster. Am Sonntag, den 11. Oktober, tagte unsere Generalversammlung. Vom Kassierer wurde die Abrechnung verlesen.

Einnahme.	
Bestand vom vorigen Quartal	851,13 Mk.
Aufnahmegebühren à 1 Mk. (4 Fälle)	4,—
Wochenbeiträge à 40 Pf. (1172 Stück)	468,80 "
" " 20 " (weibl. 24 Stück)	4,80 "
" " 20 " (jugendl. 23 Stück)	4,60 "
Örtliche Zuschußbeiträge à 10 Pf. (1172 Stück)	117,20 "
" " " 5 " (47 Stück)	2,35 "
Summa	1438,88 Mk.

Ausgabe.	
Rechtsschutzkosten	88,95 Mk.
Extra-Unterstützung	10,—
Reiseunterstützung	15,—
a) persönliche (Gehalt, Entschädigung, Pro-jente usw.)	48,70 "
b) sächliche (Materialien)	4,40 "
Bibliotheksbücher und Zeitschriften	8,75 "
Kartell und Sekretariatsbeiträge	32,90 "
Borte	3,25 "
Sonstige Ausgaben	7,—
An die Hauptkasse gesandt	884,15 "
Kassenbestand	899,78 "
Summa	1438,88 Mk.

Da niemand zu der Abrechnung das Wort wünschte, wurde dem Kassierer Entlastung erteilt.

Hierauf wurde vom Kollegen Brandt der Kartellbericht gegeben. Er machte ganz besonders auf die Gewerkschaftswahlen aufmerksam. Nicht eines jeden Kollegen ist es, auch von seinem Wahlrecht Gebrauch zu machen. Im Punkt Agitation konnte beauftragt werden, daß im ganzen ein Kollege gewonnen war. Mit Recht wurde auch behauptet, daß es so nicht weiter gehen kann, es muß eben ein jeder Kollege dazu beitragen, um mehr Mitglieder zu gewinnen. Ebenfalls mit dem Versammlungsbesuch muß es besser werden, man steht nur immer ein und dieselben Gesichter. Es scheint gerade so, als wenn in Neumünster alles in bester Ordnung ist, und doch tut es sehr not, daß sich die Kollegen Rutscher mal aufrufen und über ihre elende Lage nachdenken. Also Kollegen, besucht die Versammlungen recht fleißig, nur dann können auch bessere Zustände geschaffen werden.

Dann wurde noch ganz besonders auf unser am 7. November stattfindendes Stiftungsfest hingewiesen. In dieser Stelle möchten wir die Kollegen auch ersuchen, daß sie sich zahlreich daran beteiligen.

Oldenburg. Am 18. Oktober fand unsere Generalversammlung statt. Kollege Menaber gab den Kassenbericht wie folgt:

Einnahme.	
Bestand vom vorigen Quartal	226,24 Mk.
12 Aufnahmen à 1 Mk.	12,—
1466 Wochenbeiträge à 40 Pf.	586,40 "
66 " " 20 "	13,20 "
1580 örtliche Zuschußbeiträge à 5 Pf.	79,00 "
Zusammen	914,84 Mk.

Ausgabe.	
50 pCt. der Aufnahmegebühren à 1 Mk. an die Hauptkasse	6,—
75 pCt. der Wochenbeiträge à 40 Pf.	499,80 "
75 pCt. " " 20 "	8,90 "
Beiträge zu den Gaunkosten für 150 Mitgl.	80,—
Insgesamt an die Hauptkasse abzuführen	495,20 Mk.
Für die Hauptkasse verausgabt (Krankenunterstützung)	78,50 "
Für die Arbeitslosenunterstützungs-kasse	51,—
Für Gemahregeltenunterstützung	45,50 "
An Ausgaben für die Lokalkasse (Reiseunterst.)	12,—
a) persönliche (Gehalt, Entschädigung, Pro-jente)	118,10 "
Versammlungen, Annonzen, Referate, Druck-sachen	10,50 "
Borte, Telegramme	10,50 "
Festbesitz	4,80 "
Sonstige Ausgaben	4,50 "
Zusammen	676,60 Mk.

Bilanz.	
Einnahme	914,84 Mk.
Ausgabe	676,60 "
bleibt Kassenbestand	237,74 Mk.

Mitgliederbestand. Bestand am Ende des vorigen Quartals 185 Mitglieder, im Laufe des Quartals sind aufgenommen 12, aus anderen Verbänden übergetreten 2, aus anderen Verwaltungsstellen zugereist 1. Zusammen 200. Im Laufe des Quartals sind ausgeschieden 30, nach anderen Verwaltungsstellen abgereist 20. Bleibt ein Mitgliederbestand von 160.

Auf Antrag des Kollegen Weichmann wurde dem Kassierer einstimmig Decharge erteilt. Nachdem erstattete Kollege Bester Bericht über die Gaukonferenz, der Bericht wurde beifällig aufgenommen. Kollege Hilgen, erstattete den Kartellbericht, der ohne Diskussion gutgeheißen wurde.

Kollege Westler machte noch auf das Jahrbuch 1907 aufmerk...

Saarbrücken. Im Königreiche Stumm, in Saarabien, in der korrumpiertesten Ecke Preußens...

Unsere öffentliche Transportarbeiter-Versammlung war nicht zum besten besucht...

Allgemeines.

Die abgehackte Hand. Nachdem die Klage des Kellereiarbeiters Koff. Wiewald gegen die Stadt Breslau auf Schadenersatz...

Tarifvertrag geht über Individualvertrag. Eine die Arbeiter in hohem Grade interessierende Entscheidung...

eine erhebliche Ehrverletzung und fand darin einen gesetzlichen Entlassungsgrund.

Im Herbst 1907 streikten die Gerüstbauer bei Dierh, da dieser einen Arbeiter entließ...

Dierh verweigerte, wie gesagt, 8 M. für Überstunden. Er meinte, der Tarifvertrag vom 27. März 1907 sei für ihn nicht mehr bindend...

Dierh wurde bekanntlich zur Zahlung der 8 M. verurteilt. Die Entschädigung wegen des Lohnzuschlags hängt, heißt es in der ausführlichen Begründung...

Eine Befreiung des Beklagten vom Tarif ist jedoch durch den Streik seiner Arbeiter schon deshalb nicht eingetreten...

Der fernere Einwand des Beklagten, er habe im Gegensatz zum Tarif mit dem Kläger Nichtzahlung des Lohnzuschlags vereinbart...

Was sich die Polizei in Oberschlesien herausnimmt und wie der Regierungspräsident die Übergriffe der Polizei rechtfertigt!

Auf die Beschwerde vom 7. August d. J. betreffend die polizeiliche Überwachung der für den 3. August d. J. von Ihnen in das Gewerkschaftslokal für Transportarbeiter...

Waltung beruhrende Angelegenheiten erörtert wurden. Gemäß § 13 des Reichsvereinsgesetzes war daher die Polizeiverwaltung in Königsbütte befugt...

S. B.: (Unleserliche Unterschrift.)

Was wir bisher noch nicht gewußt haben, hat der Regierungspräsident uns sehr offenbart, nämlich, daß die Unternehmer im Transportgewerbe den Staat darstellen...

Mitteilungen des Vorstandes.

Neue Verwaltungsstellen des Verbandes wurden gegründet:

Am 18. Oktober 1908 in Sorau. Bevollmächtigter: W. Siefert, Saganerstr. 32; Kassierer: A. Wertholdt, Thulgasse 4.

Am 27. Oktober 1908 in Clausthal-Zellerfeld. Bevollmächtigter und Kassierer: Fritz Bohm, Zellerfeld a. S., Hohenweg 146.

Das Mitglied W. Koldewey, Spt.-Nr. 235 230, der Verwaltungsstelle Delmenhorst, eingetreten daselbst am 14. Juli 1908...

Wir bitten die auf der Reise sich befindlichen Mitglieder nachstehendes beachten zu wollen: Unterstützungen an bezugsberechtigte Mitglieder werden seitens der Verwaltungsstelle höchst a. M. in der Gastwirtschaft von Pump, Königssteinerstr., ausbezahlt.

Der Kollege Friedrich Kaiser, alte Spt.-Nr. 1691, der Verwaltungsstelle Stuttgart, hat sein Mitgliedsbuch beim Kassierer in Karlsruhe liegen lassen.

Dem Kollegen August Dömler, Spt.-Nr. 269 208, der Verwaltungsstelle Regensburg, eingetreten daselbst am 8. Juni 1907...

Gleichfalls abhanden gekommen ist das Mitgliedsbuch des Kollegen Leonhard Buchner, Spt.-Nr. 191 358, der Verwaltungsstelle Nürnberg...

Das Nürnberg- und Gaubureau befindet sich ab 5. November d. J. im Neubau der „Frankischen Tagespost“ (Mittelbau), Breitegasse 25/27 (Nürnberg).

Mit kollegialem Gruß

Der Vorstand.

J. A.: Oswald Schumann, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 21, Hof 1 Tr.

NB. Alle den Verband und die Kattation betreffenden Schriftstücke sind an obige Adresse zu richten.

Breslau.

Achtung! Handelsangestellte und Arbeiter! Der Vorsitzende der Handelsangestellten-Schutzkommission ist der Verbandssekretär Josef Wiedel, Nikolaistraße 37 l.

Bekanntmachung.

Strasburg i. Elz. In der Generalversammlung am 17. Oktober wurde folgender Beschluß gefaßt: Die Verwaltung II schließt sich der städtischen Arbeitslosenversicherung an...

Die Ortsverwaltung.

Verantwortl. Redakteur: Emil Niesel, Lichtenberg. Verlag der Buchhdlg. „Courier“, C. Schumann-Berlin. Druck: Maurer u. Dimmig, Berlin, Adalberstr. 37.